



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Medienspiegel 05.09.24

Wir freuen uns, Ihnen den Medienspiegel zur Verfügung zu stellen und wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	4
04.09.2024 Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt: Kernkraftwerk Rheinsberg: Noch Arbeit für Jahrzehnte	5
04.09.2024 Nationales Begleitgremium: Ein kommunikativer Patzer mit Folgen	7

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Reyk Grunow [tmt6hzqjrlli1sey4ksogf]**Seite:** 18**Ressort:** Lokales¹ von PMG gewichtet 07/2024² von PMG gewichtet 7/2024**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 1.842 (gedruckt) ¹ 3.434 (verkauft) ¹
3.449 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,014 (in Mio.) ²

Kernkraftwerk Rheinsberg: Noch Arbeit für Jahrzehnte

34 Jahre nach seiner Abschaltung ist das Kernkraftwerk weiter einer der größten Arbeitgeber in der Region. Der Rückbau des DDR-Betriebs kommt langsam voran

Auch 34 Jahre nach seiner Abschaltung ist das Kernkraftwerk Rheinsberg einer der größten Arbeitgeber in der Region. Der Rückbau geht langsam voran. Es gibt verschiedene Ideen, was danach kommen soll.

Wie lange der Abbau noch dauert? So richtig kann das keiner sagen. Was einmal aus dem werden soll, was einmal das erste Kernkraftwerk auf deutschem Boden war? Auch nicht. Fest steht im Moment nur: Der Rückbau des Kernkraftwerks in Rheinsberg bietet noch Arbeit für Jahrzehnte.

Das einstige Prestigeprojekt der DDR steht seit 34 Jahren still. 1990 wurde das Kraftwerk fünf Kilometer nordöstlich von Rheinsberg zwischen Stechlin und Nehmitzsee abgeschaltet. Mitte der 90er-Jahre haben die bundeseigenen Energiewerke Nord (EWN) damit begonnen, das Kraftwerk aus den 60er Jahren nach und nach in seine Einzelteile zu zerlegen.

Die noch verwendbaren Brennstäbe wurden verkauft - teils in die Sowjetunion, teils nach Großbritannien und in die USA. Alles andere wurde und wird noch immer penibel untersucht. Teile, die nicht strahlen, können als normaler Abfall entsorgt werden. Der Rest wird in strahlungssicheren Behältern eingelagert. Vor allem im Zwischenlager für radioaktive Anfälle in Lubmin bei Greifswald.

Bis heute gibt es keinen kompletten Rückbau des Kernkraftwerks Rheinsberg, nur für Teilbereiche. Es geht zwar voran, aber langsam.

„Im vergangenen Jahr wurde der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zum Rückbau von Gebäuden und Gebäudestrukturen des Kernkraftwerks Rheinsberg bei der zuständigen Genehmigungsbehörde gestellt“, sagt Irene Kraher, Sprecherin der EWN. Das Unternehmen nennt sich mittlerweile Entsorgungswerk für Nuklearanlagen.

Der geänderte Name unterstreicht besser, was die Firma tut: Das Unterneh-

men soll im Auftrag des Bundes stillgelegte Atomanlagen sicher entsorgen. Neben dem in Rheinsberg gehören das frühere DDR-Kernkraftwerk in Greifswald und das einstige Forschungszentrum Jülich in Nordrhein-Westfalen dazu.

Allein die Kosten für den Rückbau der Anlagen in Rheinsberg schätzt der Bund inzwischen auf rund eine Milliarde Euro, Tendenz steigend. Seit Anfang 2024 hat der Betrieb in Rheinsberg mit Annette Schulz eine neue Leiterin, erstmals steht eine Frau dem Unternehmen vor.

Mit bis zu 670 Beschäftigten war das Kernkraftwerk zu DDR-Zeiten der größte Arbeitgeber der Region. Bis heute gibt es kaum eine Familie in Rheinsberg, die nicht in irgendeiner Weise mit dem KKW verbunden ist. Der Ort lebt bis heute von seiner strahlenden Vergangenheit und wird das allen Prognosen zufolge auch noch lange tun.

Der Abbau des Kraftwerkes gestaltet sich weit schwieriger als anfangs angenommen. Lange hatte die EWN geplant, alle Teile, die radioaktiv belastet sind, sämtliche Einbauten, Rohre, Kabel und Ähnliches aus dem Kraftwerk herauszutrennen.

Die restliche Betonhülle sollte dann etwa 50 Jahre stehen bleiben, bis sich die Strahlung in ihrem Inneren auf ein Normalmaß verringert hat. Dann sollte der Beton als normaler Bauschutt entsorgt werden.

Doch dagegen hatte die Atomaufsicht des Landes zu viele Bedenken.

Hauptproblem: Als das Kraftwerk Ende der 60er-Jahre gebaut wurde, gab es zwar Pläne, was wie angelegt werden soll. Aber die Erbauer haben sich nicht

immer an diese Pläne gehalten, wie sich immer wieder zeigt. Leitungen verlaufen in den dicken Betonwänden nicht immer dort, wo sie verlaufen sollten. Wo sie wirklich liegen, zeigt sich oft erst, wenn der Beton aufgestemmt ist. Das macht die Arbeiten extrem aufwändig und langwierig. Anfangs gab es mal die Vorstellung, dass das Kernkraftwerk bis 2008 komplett zurückgebaut werden könnte. Inzwischen spricht das EWN eher von 2040, es könnte aber auch noch länger dauern. Genau festlegen will sich niemand mehr, auch nicht das Ministerium für Verbraucherschutz in Potsdam, das für die Überwachung der Arbeiten im Kraftwerk zuständig ist. „Die atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde hat hinsichtlich der Projektlaufzeit kein Mitbestimmungsrecht“, stellt dessen Sprecher Martin Wandrey klar. „Die Planung des Rückbaus und dessen zeitlichen Ablauf liegen in der Hand der EWN als Betreiberin des Kernkraftwerks Rheinsberg.“ Was den Abbau in Rheinsberg zusätzlich kompliziert: Dort wurde früher nicht nur Strom erzeugt, sondern auch in begrenztem Maß geforscht und Ausbildung für andere Kernkraftwerke betrieben. Es gibt deshalb mehr als 300 Räume, die auf Strahlung untersucht und dekontaminiert werden müssen. Nach wie vor ist das Kernkraftwerk einer der größten Arbeitgeber rund um Rheinsberg. „Am Standort Rheinsberg sind 157 Mitarbeiter der EWN GmbH tätig“, sagt Irene Kraher. Hinzu kommen verschiedene andere Firmen als Dienstleister.

Die EWN braucht ständig neue Fachleute, etwa wenn ältere in den Ruhestand gehen. „Gesucht werden aktuell vor allem Elektroingenieure, Projektin-

genieure, ein Ingenieur für Arbeitssicherung und Brandschutz sowie Elektriker“, sagt die Firmensprecherin. Das Kernkraftwerk bildet sogar eigenen Nachwuchs aus und bietet Abiturienten auch duale Studienplätze an. Praktikanten sind willkommen. „Wir können interessierten Jugendlichen der Region nur empfehlen, sich auf unserer Internetseite zu informieren und den Kontakt aufzunehmen“, sagt Irene Kraher. Wohin der Abbau einmal führen wird, was vom alten Kraftwerk vielleicht übrig bleibt, ist aktuell noch unklar. Zwischendurch war die Rede von der „grünen Wiese“ als Ziel, also dem kompletten Abbau aller vorhandenen Gebäude und Anlagen. Dann hieß es wieder, einzelne Gebäude könnten vielleicht erhalten bleiben und nachgenutzt werden. Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin kann

sich mit der Idee der grünen Wiese zumindest bedingt anfreunden, wie Kreissprecher Alexander von Uleniecki sagt: „Durchaus wünschenswert wäre es, das unter Denkmalschutz stehende Verwaltungsgebäude zum Beispiel in Teilen für eine Ausstellung zur Geschichte des Kernkraftwerks Rheinsberg zu nutzen, denn die Anlage hat die Region mehr als geprägt.“

Auch eine Bildungsstätte oder ein Naturparkhotel wären aus Sicht der Kreisverwaltung in Neuruppin denkbar. Auf jeden Fall sollte aber das Verwaltungsgebäude „als national bedeutendes Baudenkmal“ dauerhaft erhalten werden.

Rheinsbergs Bürgermeister Frank-Rudi Schwochow (BVB/Freie Wähler) geht noch ein bisschen weiter. „Ich könnte mir dort sehr gut ein Gewerbegebiet

vorstellen“, sagt er. „Dafür wäre das Gelände eigentlich ideal.“ Die Flächen sind voll erschlossen, sogar einen Gleisanschluss gibt es.

Da sei nur das zeitliche Problem, gibt Schwochow zu bedenken: „Es weiß ja niemand, wann der Rückbau fertig sein wird. Wie soll man da vernünftig planen?“

Dass die EWN den Rückbau bis 2040 abgeschlossen hat, hält er für unwahrscheinlich: „Am 1. November 2053 gehe ich in Rente. Ich glaube nicht, dass das bis dahin geschafft ist.“

Zitat-Text:

Die atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde hat hinsichtlich der Projektlaufzeit kein Mitbestimmungsrecht.

Martin Wandrey, Sprecher EWN

Abbildung:	Von der Blockwarte aus wurde die gesamte Anlage gesteuert. Die Warte war sogar auf der Rückseite des 10-Mark-Scheins der DDR abgebildet. Heute ist sie und das gesamte Kernkraftwerk Rheinsberg ein Ausflugsziel.
Fotograf-in:	Foto: Reyk Grunow
Abbildung:	Das Kernkraftwerk Rheinsberg liegt idyllisch im Wald, eingebettet mitten in einem großen Naturschutzgebiet zwischen Stechlin und Nehmitzsee.
Abbildung:	Das Verwaltungsgebäude des ehemaligen Kernkraftwerks steht unter Denkmalschutz.
Fotograf-in:	Fotos (2): Peter Geisler
Abbildung:	Ein Bild aus der Zeit, als das Kraftwerk noch in Betrieb war.
Fotograf-in:	Foto: Archiv
Wörter:	1054
Ort:	Rheinsberg

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Nationales Begleitgremium

Ein kommunikativer Patzer mit Folgen

4. September 2024 08:30

[Originalartikel](#) (Online Website)

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat kürzlich die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Prozessanalyse des Standortauswahlverfahrens“, kurz PaSta, veröffentlicht. Der darin erarbeitete Projektablaufplan vom Öko-Institut e.V. und der Kanzlei Becker Büttner Held prophezeit, dass die Festlegung eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle deutlich länger dauern wird als im Standortauswahlgesetz (StandAG) mit dem Jahr 2031 angestrebt.

Das Nationale Begleitgremium kritisiert die Kommunikation rund um das Gutachten. Auch wenn verständlicherweise Prozesse innerhalb der Institutionen ihre Zeit brauchen, sollten diese für die Öffentlichkeit nachvollziehbar gestaltet werden. Auf diese Weise können Spekulationen reduziert und das Vertrauen in das Verfahren sowie die durchführenden Institutionen gestärkt werden. Die Inhalte des Gutachtens selbst sowie die begleitende Kommunikation werden in der Oktober-Sitzung des Gremiums am 11. Oktober 2024 in Berlin öffentlich diskutiert.

Vertrauen ist das Fundament des Verfahrens

Prof. Dr. Armin Grunwald: „Wenn es neue Erkenntnisse in Form eines Gutachtens gibt, sollten diese zeitnah den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Solch ein Gutachten erst Monate später zu veröffentlichen, schadet dem Verfahren. Insbesondere mit Blick auf die lange deutsche Konfliktgeschichte zur Endlagerung sollte hier mehr Sensibilität bestehen.“

Prof. Dr. Miranda Schreurs, Ko-Vorsitzende des NBG: „Fakt ist: Verfahrensschritte und Zeitplan gehen immer weiter auseinander. Welche Konsequenzen die Ergebnisse des Gutachtens für die gesamte Endlagersuche haben, diskutieren wir im Oktober öffentlich mit dem BASE und dem Öko-Institut, um das so wichtige Vertrauen in das Verfahren wiederherzustellen.“

Terminhinweis

Das beauftragte Öko-Institut wird die Ergebnisse des Gutachtens in der 89. Sitzung des NBG am 11. Oktober 2024 im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) vorstellen und öffentlich mit den Gästen diskutieren. Interessierte Personen können sich hier für die Teilnahme in Präsenz oder digital anmelden.